

Zürich und Wädenswil, 6. Juli 1998

KR-Nr. 266/1998

POSTULAT von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Josef Vogel
(SP, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Konkretisierung der Übergangsregelung der Bezirksschulpflege

Der Regierungsrat wird eingeladen, raschmöglichst Massnahmen zu treffen, damit die reorganisierte Bezirksschulpflege ihre Aufgabe erfüllen kann. Insbesondere ist der Auftrag zu konkretisieren.

Susanna Rusca Speck
Josef Vogel
Julia Gerber Rüegg

Begründung:

Am 19. November 1996 hat der Erziehungsrat im Rahmen des Effort-Sparprogrammes die Reorganisation der Bezirksschulpflege als Übergangslösung für die Amtsperiode 1997/2001 beschlossen. Gleichzeitig befindet sich die Volksschule in einem umfassenden Reformprozess. Im Mittelpunkt der verschiedenen Schulreformen steht das Ziel, die Schulqualität zu fördern. Dazu gehört auch eine gut funktionierende Schulaufsicht, sowohl während der Übergangsphase als auch in Zukunft.

Die jetzige Übergangslösung ist eine Schulaufsicht mit halbiertem Mitgliederbestand. Die Mitglieder der heutigen Bezirksschulpflege äussern Unmut und sind zudem verunsichert. Selbst wenn auch positive Ansätze zur Entwicklung der Schulaufsicht bestehen, haben Gemeindeschulpflegen und Lehrerschaft Mühe, die Stellung der neuen Bezirksschulpflege einzuschätzen.

Innerhalb des *wifl*-Projektes "Teilautonome Schule" wird eine definitive Neuregelung der kantonalen Schulaufsicht erarbeitet. Dem Vernehmen nach wurde ein weiteres *wifl*-Projekt "Schulaufsicht" gestartet, mit dem Ziel, ab 1999/2000 einen dreijährigen Schulversuch durchzuführen. Wir erwarten, dass damit für die Zukunft ein taugliches Aufsichtsmodell erarbeitet wird, welches insbesondere auch die bestehenden Ressourcen der bisherigen Bezirksschulpflege nutzt.

Bis aber eine definitive, professionelle kantonale Schulaufsicht vom Volk genehmigt und umgesetzt werden kann, muss der Bezirksschulpflege eine klare Aufgabenstellung zugewiesen werden, damit sie weiterhin ernst genommen werden kann. Eine gewisse Stabilität für alle Beteiligten muss unbedingt gewährleistet sein.